



Inhalt

▪ Seite 1

Die Ficha Limpa: Kommt es zur großen „Säuberung“?

▪ Seite 1

Vor der entscheidenden Phase: Präsidentschaftskandidaten und Wahlallianzen

▪ Seite 2

Auswahl von Serras Vizekandidaten sorgt für Irritationen

▪ Seite 3

Lula und Kandidaten fordern Wahljustiz heaus

▪ Seite 4

Ausblick

Die heiße Phase im brasilianischen Wahlkampf hat begonnen

Die Kandidaten für die diesjährigen Präsidentschafts-, Kongress-, Gouverneurs- und Landesparlamentwahlen stehen fest. Am Wahltag, dem 3. Oktober, werden 134 Millionen Brasilianer dazu aufgerufen sein, zwischen den insgesamt knapp 21.000 Kandidaten aus 27 verschiedenen Parteien zu entscheiden.

Bis zum 5. Juli, dem Tag vor dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes drei Monate vor dem Urnengang, hatte das Oberste Wahlgericht Brasiliens noch Kandidatenanträge entgegengenommen. Neben den neun Präsidentschaftskandidaten treten 182 Kandidaten für die 27 zu besetzenden Gouverneursposten an, 14.491 hoffen auf den Einzug in eines der Landesparlamente (1.059 Sitze verteilt auf 27 Bundesstaaten), 288 Kandidaten kämpfen um die 54 bei diesen Wahlen frei werdenden Sitze im Senat (insgesamt 81 Senatssitze, die alle vier Jahre zu einem bzw. zwei Dritteln neu gewählt werden) und 5.869 Kandidaten streben einen der insgesamt 513 Sitze in der Abgeordnetenkammer an und. Zu letzteren Kandidaten zählen auch 420 Bundesabgeordnete der aktuellen Legislaturperiode. Die restlichen derzeitigen Abgeordneten treten für ein anderes (59) oder gar kein neues Amt an (34).

Die *Ficha Limpa*: Kommt es zur großen „Säuberung“?

In den nächsten Wochen könnte eine größere Zahl der registrierten Kandidaten ins Visier der Wahlgerichte geraten. Denn das erst vor weni-

gen Wochen in Kraft getretene *Ficha-Limpa*-Gesetz („Saubere Karteikarte“) ermöglicht den Entzug der Kandidatur aufgrund einer Verurteilung des Kandidaten vor Gericht wegen bestimmter Straftaten. Bis Mitte Juli sind bei den Wahlgerichten der Bundesstaaten bereits weit über 1.000 entsprechende Anträge eingegangen. In Alagoas beispielsweise, einem Bundesstaat im Nordosten Brasiliens, betrifft dies 80 % aller Anwärter auf das Gouverneursamt. Im Bundesstaat Rio de Janeiro liegen entsprechende Anfechtungen gegen die Kandidaturen des Amtsinhabers Sérgio Cabral und einen seiner Herausforderer, den ehemaligen Gouverneur Anthony Garotinho, vor. Es hagelt derzeit regelrecht Anträge, was zu einem administrativen Problem werden könnte und gleichzeitig die Frage aufwirft, bis zu welchem Punkt die Anfechtungen der Kandidaturen gerechtfertigt und aus Wählersicht wünschenswert sind und ab wann sie eine schlichte Ausweitung des politischen Machtkampfes darstellen. Die endgültigen Entscheidungen über diese Fälle müssen die Wahlgerichte bis Mitte August fällen.

Vor der entscheidenden Phase: Präsidentschaftskandidaten und Wahlallianzen

Für das Amt des brasilianischen Präsidenten werden insgesamt neun Kandidaten gegeneinander antreten, wobei nur drei von ihnen eine tatsächliche Bedeutung zukommt. Da aber eine von diesen dreien, die Kandidatin Marina Silva der brasiliani-

WAHLEN BRASILIEN 2010

ONLINE-PUBLIKATION

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

schen Grünen (PV) laut Umfragen mit rund 10 % Stimmenanteil deutlich hinter den beiden anderen Kandidaten, José Serra (PSDB) und Dilma Rousseff (PT), zurückliegt, deutet alles auf einen Zweikampf der beiden zuletzt genannten hin. Die endgültige Entscheidung wird nach dem jetzigen Stand der Dinge wahrscheinlich erst in einer Stichwahl Ende Oktober entschieden. Bis dahin bleibt es wohl spannend. Nachdem Rousseff bei den Umfragen im Mai/Juni ihren ärgsten Konkurrenten Serra gar überflügelt hatte, deuten die neuesten Zahlen eher wieder auf einen Patt zwischen beiden Kandidaten hin, auch bei einer angenommenen Stichwahl.

Die beiden Favoriten treten, anders als Marina Silva von den Grünen, mit Unterstützung von Wahlallianzen an, bestehend aus wenigen großen und mehreren mittleren oder kleinen Parteien an. Diese offiziell registrierten Bündnisse unterstützen ihren gemeinsamen Kandidaten mit ihren jeweiligen Wahlkampfstrukturen und stellen die ihnen vom Obersten Wahlgericht ab dem 17. August zugeteilten Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen für die Wahlwerbung des Kandidaten zur Verfügung. Auf der bundesstaatlichen Ebene bei den Gouverneurswahlen müssen die Wahlallianzen jedoch nicht jenen der nationalen Ebene entsprechen. Dies bedeutet, dass Parteien, die einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen schicken, nicht dazu gezwungen sind, dasselbe bei der Kandidatenauswahl für das Gouverneursamt zu tun. Sie können also auch eigene Kandidaten aufstellen oder eine Allianz mit anderen Parteien eingehen, je nach parteipolitischer Situation in den einzelnen Bundesstaaten. Beispielsweise unterstützen PSDB und DEM im Bundesstaat Rio de Janeiro die Kandidatur von Fernando Gabeira von den Grünen (PV) für das Gouverneursamt, während auf nationaler Ebene diese Allianz mit den grünen nicht besteht. Dieser Umstand hat

natürlich mit der zum Teil sehr unterschiedlichen Parteienlandschaft in den einzelnen Bundesstaaten zu tun – eine Charakteristik des brasilianischen Parteiensystems. Auf nationaler Ebene, besteht im Falle José Serras die ihn unterstützende Wahlallianz aus fünf Parteien (PSDB, DEM, PTB, PPS und PT do B), im Falle Dilma Rousseffs gar aus zehn (PT, PMDB, PDT, PSB, PR, PCdoB, PRB, PTN, PSC und PTC). Wichtigste Partei ist in dieser Großallianz neben der PT die PMDB, die stärkste Partei Brasiliens mit den meisten Sitzen in Senat und Abgeordnetenkammer. Aus ihren Reihen stammt auch Rousseffs Vizekandidat, der bisherige Präsident der Abgeordnetenkammer, Michel Temer.

Auswahl von Serras Vizekandidaten sorgt für Irritationen

Indes bewies die Wahlallianz der Opposition zuletzt kein besonders glückliches Händchen bei der Auswahl ihres Vizekandidaten. Nachdem es Serra zunächst im Frühjahr nicht gelungen war, seinen bisherigen parteiinternen Konkurrenten um die Präsidentschaftskandidatur, den charismatischen Gouverneur des Bundesstaates Minas Gerais, Aécio Neves, als seinen Stellvertreter zu gewinnen, unterlief seiner Partei Ende Juni eine wohl vermeidbare Panne. Anstatt die Entscheidung über den Vizekandidaten mit der DEM als zweitgrößte Partei der Wahlallianz abzustimmen, handelte die PSDB mit den kleineren Parteien ihrer Wahlallianz (PTB, PPS und PT do B) aus, den kaum bekannten Senator Álvaro Dias (PSDB) aus dem südlichen Bundesstaat Paraná zu nominieren. Die DEM drohte daraufhin mit dem Austritt aus dem Wahlbündnis (wie 2002 aus anderen Gründen geschehen), falls sich die PSDB nicht doch noch für einen Vize aus ihren Reihen entscheiden sollte. Die Drohung zeigte Wirkung, sodass nun der 39-jährige bisherige Bundesabgeordnete Antônio Pedro Siqueira Índio da Costa aus Rio de Janeiro gemeinsam mit Serra ins Rennen geht. Índio da Costa gilt als enger Vertrauter von César Maia, Bürgermeister von

WAHLEN BRASILIEN 2010

ONLINE-PUBLIKATION

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

Rio de Janeiro von 2001 bis 2008 und Vater des derzeitigen Vorsitzenden der DEM, Rodrigo Maia.

Wahltaktisch könnte Índio da Costa ein jüngerer Publikum ansprechen als der fast 30 Jahre ältere Serra. Außerdem wird der mit der bereits erwähnten, der Zivilgesellschaft entsprungene „*Ficha-Limpa*-Initiative“ identifiziert. Geographisch deckt Índio da Costa den bevölkerungsreichen Bundesstaat Rio de Janeiro ab, wo die PSDB selbst sehr schwach ist. Das Duo Serra-Índio da Costa wird sich also beim Stimmenfang auf den wirtschaftlich starken Südosten des Landes konzentrieren. Hier leben mit rund 80 Mio. Einwohnern ca. 40% der Gesamtbevölkerung Brasiliens. Im ärmeren, wirtschaftlich unterentwickelten Norden und Nordosten des Landes hat hingegen Rousseff die Nase vorn, auch weil hier besonders viele Menschen von den Sozialprogrammen der Regierung Lula profitiert haben. Vor diesem Hintergrund hatten die meisten Analysten eher mit einem Vizekandidaten Serras aus dieser Region gerechnet, was den Oppositionskandidaten hier besser positioniert und die Wählerschaft geographisch besser abgedeckt hätte.

Lula und Kandidaten fordern Wahljustiz heraus

Während also Serras Wahlallianz noch mit eher internen Angelegenheiten beschäftigt war, setzte das Wahlbündnis der Regierungskandidatin ihre bisherige Strategie fort, die in erster Linie darauf abzielt, Rousseff als Verwalterin von Lulas Erbe zu präsentieren. Lula selbst ist damit der wichtigste Wahlkämpfer an Rousseffs Seite und hat bereits wiederholt seine privilegierte Position als Regierungschef dazu genutzt, die Bekanntheit und Popularität seiner Kandidatin zu erhöhen, auch auf die Gefahr hin, dabei das geltende Wahlrecht zu verletzen. Präsident Lula wurde daher schon sechs-, Dilma Rousseff selbst viermal durch das Oberste Wahlgericht mit einer Geldstrafe bedacht, weil beide

vor Beginn der offiziellen Wahlkampfperiode betrieben hatten. Auch der Oppositionskandidat José Serra ist bereits wegen verfrühten Wahlkampfes zur Rechenschaft gezogen worden, ebenso wie sein Vizekandidat Índio da Costa, der bereits am 4. Juli, also zwei Tage zu früh, Wahlwerbung über *Twitter* betrieb.

Dass Wahlrechtsverstöße, abgesehen von Geldstrafen, auch andere Risiken für die Kandidaten bergen, zeigt einer der jüngsten Vorfälle. Am 13. Juli hatte Lula im Rahmen der offiziellen Bekanntgabe der Ausschreibung des zwischen den Metropolen São Paulo und Rio de Janeiro geplanten Hochgeschwindigkeitszugs den Namen der PT-Kandidatin in seiner öffentlichen Ansprache direkt mit dem Milliardenprojekt in Verbindung gebracht. Dessen Zustandekommen, so Lula während seiner Rede, habe man vor allem Dilma Rousseff zu verdanken. Offensichtlich in dem Bewusstsein, damit das Verbot zu missachten, mit öffentlichen Geldern finanzierte Projekte für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen, leitete Lula den Verweis auf Rousseff mit den Worten ein: „Eigentlich dürfte ich nicht einmal ihren Namen nennen, weil ein Wahlprozess läuft, aber die Geschichte können wir wegen der Wahlen auch nicht einfach verschweigen.“ Derzeit ist noch unklar, welche Konsequenzen dieser Vorfall für Lula oder Rousseff haben wird. Lula selbst entschuldigte sich einen Tag später für die namentliche Nennung der PT-Kandidatin, erwähnte dabei allerdings ihren Namen erneut. Das Oberste Wahlgericht in Person seiner Vize-Generalanwältin befasst sich bereits mit dem Fall und sieht in ihm einen weiteren Beleg für den Missbrauch staatlicher Macht im Wahlkampf. Gegen derartige Fehlritte ist allerdings auch der Oppositionskandidat Serra nicht gefeit. Alberto Goldman, Serras Nachfolger im Gouverneursamt von São Paulo, das dieser wegen seiner Kandidatur niederlegen muss-



WAHLEN BRASILIEN 2010

ONLINE-PUBLIKATION

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

te, lässt ebenfalls kaum eine Gelegenheit aus, sich öffentlich positiv über Serras Regierungsjahre zu äußern. Das Wahlgericht ist auch hierauf aufmerksam geworden. Im extremsten Fall sieht die Gesetzgebung gar den Ausschluss des hiervon profitierenden Kandidaten von den Wahlen vor.

Ausblick

Die Wahrscheinlichkeit, dass es wegen der Wahlrechtsverstöße zu schwerwiegenden Konsequenzen kommen könnte, scheint trotzdem eher gering. Zu heftig würden wohl die Reaktionen der Politiker und Parteien von allen Seiten ausfallen. Deren zunehmende „Risikobereitschaft“ im Umgang mit dem Wahlrecht und die daraus resultierenden (mitunter wohl berechtigten) gegenseitigen Anschuldigen zeigen, dass die Zeit des Taktierens nun vorbei ist. Genutzt wird nunmehr jede Möglichkeit zum Wahlkampf wie auch zur moralischen Diskreditierung des politischen Gegners, in der Hoffnung, den Wähler dadurch in seiner Entscheidung beeinflussen zu können. Es bleibt abzuwarten, inwiefern dieses *Negativ-Campaigning* am Ende von Erfolg gekrönt sein wird. Der Wähler ist schließlich immer für eine Überraschung gut.